

Correspondent.

Abonnement: vierteljährlich 6 Mark, halbjährlich 10 Mark, monatlich 35 Pf., u. s. w.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 4seit. Illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.

Anzeigenpreis: für die erste Zeile 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 4 Pf.

Nr. 23. Donnerstag den 28. Januar 1909. 35. Jahrg.

Der Durchschlag der Wahlrechtsgegner.

Mit der winzigen Mehrheit von drei Stimmen — 168 gegen 165 — wurde am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus der Teil des nationalliberalen Antrages abgelehnt, der das direkte Wahlverfahren in das Wahlrecht zu diesem Hause eingeführt sehen wollte.

An einem Haare hing es und es wäre selbst in diesem Dreiflassen-Parlament eine Mehrheit erzielt worden wenigstens für eine Reform auf zwei wichtigen Gebieten des Wahlrechts. Eine Zufallsmehrheit hat es anders gefügt.

In einem Haare hing es und es wäre selbst in diesem Dreiflassen-Parlament eine Mehrheit erzielt worden wenigstens für eine Reform auf zwei wichtigen Gebieten des Wahlrechts.

Zur Zivilprozessnovelle

Schreibt man uns von richterlicher Seite: Die Justizkommission des Reichstages hat bei der Beratung der Zivilprozessnovelle die Beschleunigung über die Erhöhung der Zuständigkeit bei den Amtsgerichten noch hinausgeschoben.

Die Anhänger der Erhöhung begründen diese damit, daß sie im Interesse der ländlichen Bevölkerung liegen, weil sie zur Verbilligung und Bequemlichkeit diene. Denn infolge der Zuständigkeitsveränderung würden mehr Anwälte aus dem Land an die Amtsgerichte ziehen.

Denn nur die Reiseflohen, nicht die Gebühren verteuern auf dem Land die Prozesse. Die Vermehrung der Zahl ländlicher Richter würde auch den Sparfamkeitstendenzen widersprechen.

Von preussischen Landgerichten deren Bestand durch die Zuständigkeitsveränderung erheblich betroffen werden würde, kommen folgende in Betracht: Limburg, Stade, Rüdolstadt, Neuwied, Warburg, Greifswald, Vainburg, Hanau, König, Vgl. Ostrow.

Zur Charakterisierung der „Demokratischen Vereinigung“

Schreibt die „Völk. Corresp.“: Als die demokratische Vereinigung sich bildete, durfte man annehmen, daß diese neue politische Gruppe die Kreise derjenigen Partei, aus der sie hervorgegangen war, der freisinnigen Vereinigung, nicht lösen, sondern sich ihren Kampfplatz anderswo suchen würde.

Wir haben bisher stets geglaubt, dem Allgemeinen Liberalismus am besten zu dienen, wenn wir die Herren der demokratischen Vereinigung in ihrer Art, die politischen Dinge zu sehen und zu betreiben, möglichst unter sich liegen und uns um des Liberalismus willen ihnen gegenüber durchaus abwartend verhielten.

Die Identitäten Elemente, die in dieser Versammlung der freisinnigen Politikern in der drastischen Weise alle Gerechtigkeit und Anständigkeit abprachen, denselben Männern, mit denen sie zum Teil noch vor einem Jahre zusammen in derselben Partei saßen, sind nicht dazu geschaffen, eine Regeneration des Liberalismus herbeizuführen.

Die Identitäten Elemente, die in dieser Versammlung der freisinnigen Politikern in der drastischen Weise alle Gerechtigkeit und Anständigkeit abprachen, denselben Männern, mit denen sie zum Teil noch vor einem Jahre zusammen in derselben Partei saßen, sind nicht dazu geschaffen, eine Regeneration des Liberalismus herbeizuführen.

Szenen, wie sie sich gestern abspielten, zu erleben. Dem Wahlrechtskampf im speziellen folgt der schlimmsten Stunden zu, der auch die christlichen Gegner des Dreiflassen-Systems hinsichtlich der Richtigkeit ihrer Forderungen verächtlich und beschimpft.

Die Balkantrübsal

hat sich außer den neuen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei entstandenen Schwierigkeiten auch durch das unerwartete militärische Vorgehen Bulgariens verschärft. In Konstantinopel hat die Nachricht von der Mobilmachung der 8 bulgarischen Division in diplomatischen Kreisen überaus rasch und Beforgnisse erregt.

Durch das offiziöse türkische Blatt „Idam“ wird betont, Bulgarien wisse die Dienste zu schätzen, welche Militärkraft der Politik leiste und verübt seine Armees vor dem Beginn neuer Verhandlungen mit der Pforte.

Die türkische Kammer erlebte am Montag eine große Zahl von Anträgen, insbesondere bezüglich der KonzeSSIONen öffentlicher Arbeiten unter dem alten Regime, darunter die KonzeSSIONen für die Palastbauten in Tripolis, für den Bau einer Straßenbahn in Brussa sowie der albanesischen Eisenbahn.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser von Oesterreich empfing am Dienstag vormittag den Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses Zalko in dreifacherstündiger Audienz. Am österreichischen Abgeordnetensaule machte sich am Montag die Stube breit mit allerhand frischen Verleumdungen der Deutschen.

Schweden. Das höchste schwedische Gericht hat in Sachen des Bombenanschlages, der am 12. Juli vorigen Jahres gegen arbeitswillige englische Arbeiter auf dem als Logischiff verwendeten Dampfer „Amalthea“ in Malmö verübt wurde, sein Urteil gefällt.

Dänemark. Der Kronprinz von Dänemark ist begleitet von Admiral Jochimsen, nach Berlin abgereist. Dänemark. Das Memorandum der russischen Regierung über die persische Frage beginnt nach den Mitteilungen eines russischen Blattes mit der Erklärung, der Schwab und der bisherige Medschlis seien unfähig, die gegenwärtige Anarchie in Persien beizulegen.

zu bestehen. Der erste Modifikations habe den Interessen des Landes widersprochen. Der neue Modifikations sei auf Grundlage des Jettus und des Prinzips der Interessenvertretung einzuberufen, seine Kompetenz auf die einer gelegentlichen Verammlung einzufrieden. In allen Verwaltungsbereichen seien dem Schatz Angehörige kleinerer europäischer Staaten als Mitglieder anzuschließen. Nach Ansicht der russischen Regierung müßten die Reformen auf bringende Maßregeln Auslands und Englands hin durchgeführt werden.

Mexiko. Frankreich und Spanien unternehmen gegenwärtig Schritte bei den Signatarmächten von Mexiko, um ihre Zustimmung zur Verlängerung der Abgrenzung zur Unterdrückung des Waffenstillstandes an den maroffanischen Küsten auf 1 Jahr zu erlangen.

Japan. Zur auswärtigen Politik Japans erklärten der Finanzminister Marquis Kato, der Minister des Auswärtigen Baron Komura und der Kriegsminister Yamamoto in der Beantwortung von Anfragen, betreffend die Eingrenzung der japanischen Nützungen, daß die Beziehungen Japans zu den anderen Großmächten sich verbessert hätten, daß die Eingrenzung völlig gerechtfertigt seien. Baron Komura erklärte, daß Japan an die Aufrichtigkeit der amerikanischen Regierung glaube. Er sei nicht der Ansicht, daß die in Aussicht genommene antijapanische Gesetzgebung in Kalifornien die amerikanisch-japanischen Beziehungen tragend beeinflussen werde.

Südamerika. Der Streit zwischen Chile und Peru wegen der Provinzen Tacna und Arica dürfte sobald noch nicht erledigt werden, da der chilenische Gesandte Solano eine unerledigte Sache aus Peru zurückgeführt ist. Hier hält man eine freundschaftliche Einigung angesichts der Haltung Perus für schwierig.

Nordamerika. Die neuengländische Fischeinfuhrfrage wird vor dem Senat entschieden kommen. Die Unterhandlungen in Washington über einen Schlichtergerichtsvertrag in Sachen des Fischeinfuhrstreites waren auf einen totalen Punkt angelangt infolge der Haltung des Premierministers von Kanada, der verlangt, daß alle Forderungen Neufundlands in dem Vertrag berücksichtigt, daß aber die amerikanischen Forderungen wegen einer Gendarmenbildung von Neufundland dem Obersten Gerichtshof von Neufundland unterbreitet werden sollen. Schließlich beschloßen die Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Kanadas die Streitfrage, betreffend die Fischei in den Gewässern von Neufundland, dem Haager Schlichtergericht zur Entscheidung zu unterbreiten.

Deutschland.

Berlin, 27. Jan. Dienstagabend fand im königlichen Schlosse zu Berlin bei Ihrer Majestätin Tafel statt, an der sämtliche bisher in Berlin im getrossene Fürstlichkeiten teilnahmen. — Der Kaiser hat dem Fürsten Leopold zur Spitze des Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen.

— Kaiser Wilhelm und der Prinzregent von Bayern. Der Prinzregent von Bayern, welcher Dienstagabend aus Verhörsgebühren nach München zurückkehrte, sandte noch von Verhörsgebühren aus an Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm: „Wenn ich mir auch zu meinem liebsten Bedauern verlagern muß, Dir meine Gratulation zum 50. Geburtstage persönlich darzubringen, nehme ich doch nicht minder herzlich Anteil an der Kundgebung der deutschen Bundesfürsten, die sich zur Geburtsfeier bei Dir verarmen, um ihrer treuen Verehrung für Dich würdevollsten Ausdruck zu geben. Von Herzen schließe ich mich darum den Gefühlen und den aufrichtigen Wünschen an, die mein Sohn Ludwig gemeinsam mit den Bundesfürsten Dir morgen mündlich auszusprechen wird. Ludwig.“ Der Kaiser erwiderte: „Ich danke Dir innig für Deine freundlichen Glückwünsche zu meinem morgigen Geburtstage und die Entsendung Deines Sohnes Ludwig, dessen Besuch uns sehr angenehm ist. Auch ich bedauere lebhaft, Dich als verehrten Mentor der deutschen Bundesfürsten morgen nicht persönlich begrüßen zu können und wünsche Dir von Herzen eine recht gute Erholung in dem schönen Verhörsgebühren Wilhelm.“

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt aus Anlaß des 50. Geburtstages des Kaisers und Königs: „Die Regierungszeit des Kaisers hat Beweise in großer Zahl für die Nützigkeit der Laufbahn gebracht, daß der Herrscher durch die vorhandenen verfassungsmäßigen Schranken nicht gehemmt ist, auf das öffentliche Leben der Nation einen tiefgreifenden Einfluß auszuüben. In seiner Richtung ist dies klarer zu erkennen als in der Frage der Stellung unseres Volkes zur Segelung Deutschlands. Noch fernere Geschlechter werden Kaiser Wilhelm II. als den Schöpfer unserer Kriegsmacht rühmen, die gleich unserem Heere als Schutz und Wehr für Deutschlands Unabhängigkeit und Mite dienen soll. Niemand wagt mehr, dem Kaiser das Verlangen nach einem Kriegszug nachzusagen. Heer und Heeresleistungen sind niemals als Werkzeuge des Ehrgeizes, sondern stets als Wapenmittel zur Erhaltung des Friedens ausgebildet und gepflegt worden. Auf sie gestützt, vermochte der Kaiser den Feinden zu widerstehen und jeden Angriff auf die Lebensinteressen und die Ehre unserer Nation zu verhindern. Unter dem Schutze des Friedens sind Wohlstand und Kultur unseres Volkes während der Regierung Kaiser Wilhelms, alle Erwartungen übersteigend, rasch emporgestiegen. Ungeachtet mancher Enttäuschungen und bitterer Erfahrungen, die dem Kaiser in

seinem hohen Streben nicht erspart geblieben sind, vermag der Herrscher auf sein Wissen mit dem Bewußtsein zurückzuführen, stets das Beste gewollt und in vielen Beziehungen Großes erreicht zu haben. Wir verehren in unserem Herrscher nicht nur das Oberhaupt des Reiches, sondern auch den König und Landesherren, der in seiner ersten Thronrede an den preussischen Landtag das Wort Friedrichs des Großen, daß in Preußen der König des Staates erster Diener sei, auch für sich in Anspruch nahm.“

— (Der Kaiser und der Reichsfanzler.) In einem längeren Artikel schreibt der Berliner Korrespondent der „Münch. Neuest. Nachr.“ seinem Blatte unter anderem: „Was man von gut unterrichteten Leuten über die Beziehungen zwischen Kaiser und Fanzler hört, deutet auf glatte Erledigung der Geschäfte. Der Kaiser legt sich eine ernste und würdige Zurückhaltung auf, sein Wort, daß er dem Reichsfanzler sein Vertrauen bewahrt, ist fest und treu.“

— (Die Kompromißvorschläge der preussischen Steuerkommission) erwecken im Lande vielfach lebhaften Widerspruch, wie der Objektivität halber hier erwähnt sei. Auch freisinnige Blätter, insbesondere solche der Volkspartei, wenden sich mit Schärfe gegen das Verabreichen der Steuererhöhung bis auf die Steuerstufe von 1200 Mk. So schreibt beispielsweise der „Votenausdruck“ in Hirschberg:

„Der langen Rede kurzer Sinn: die 55 Millionen, deren Deckung die Regierung den wohlhabenden Kreisen zugebacht hatte, sollen, wenn es nach den Wünschen der Mehrheit des Dreiklassenparlamentes geht, in der Hauptstadt von den Steuerzahlern mit kleinem und mittlerem Einkommen aufgebracht werden. Selbst die bestehenden Einkünfte von 1200 Mk. sollen nicht geschont werden. Die große Masse der Bevölkerung, die für das Reich gerade wieder gewaltige Opfer bringen soll, die für die Lebensgaben- und Zollpolitik des Großgrundbesitzes jahrelang jahreslang verbluten muß, soll nun auch in Preußen wieder der Steuern ein Ende machen. Dagegen gilt es bei Zeiten mit aller Deutlichkeit Einspruch zu erheben.“

Und der „Viegnitzer Anzeiger“, gleichfalls ein Organ der freisinnigen Volkspartei, läßt sich wie folgt vernehmen:

„Wir halten diesen Beschluß der Budgetkommission für durchaus unzulässig und mittelstandesfeindlich. Man muß doch bedenken, daß gerade die Leute mit Einkommen von 1200 Mk. bis zu 3000, 4000, 5000 Mk. augenblicklich schon jenseits sehr schwer zu ringen haben. Alle Lebensmittel sind teurer geworden, alle anderen Bedarfsartikel infolgedessen ebenfalls und schon drohen neue 500 Millionen neue Reichssteuern. Dazu kommen in fast allen Städten frächtige Erhöhungen der Kommunalsteuern. Und jetzt trifft den Steuerzahler von kleinem und mittlerem Einkommen der dritte Schlag: auch seine Staatseinkommensteuer soll erhöht werden. Ist das Sozialpolitik? Ist das Mittelstandspolitik? Die Entrüstung, die in unserem Vorkreise darüber herrscht, halten wir für völlig berechtigt und wir können nur ernstlich wünschen, daß das Plenum des Landtages den Fehler seiner Kommission wieder gutmacht.“

— (Dem weimarischen Landtag) wird, wie die „Eisenacher Tagespost“ als zuverlässiger Quelle erfahren hat, ein neues Landtagswahlgesetz mit dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlverfahren bestimmt noch in dieser Session vorgelegt werden. Das neue Gesetz liegt im Ministerium des Innern bereits fertig vor und bedarf nur noch der Durchberatung durch das Gesamtministerium.

— Die neue Reichsversicherungsordnung, deren einzelne Abschnitte vom Reichsamt des Innern während der letzten Monate bereits dem preussischen Staatsministerium und den außerpreussischen Regierungen zugestellt wurden, ist nunmehr zu einer einheitlichen, 1739 Paragraphen umfassenden Vorlage umgearbeitet. Man hofft, daß der Gesetzentwurf vom preussischen Staatsministerium bis Anfang Februar und dann vom Bundesrat in den nächsten Wochen durchberaten werden kann. Wie die „Köln. Ztg.“ bemerkt, muß der Entwurf auf alle Fälle noch vor Ostern dem Reichstag zugehen, damit der Vorschritt im § 15 des Zolltarifgesetzes hinsichtlich der Witwen- und Waisenversorgung Geltung geschieht. — So unbedingt notwendig ist das aus dem angeführten Grunde nun wohl nicht, denn der § 15 des Zolltarifgesetzes verlangt nur eine Regelung der Arbeiterrentenversicherung spätestens zum 1. Januar 1910.

— (Die Novelle zum Bankgesetz) hat in den Beratungen des Bundesrates wesentliche Änderungen nicht erfahren. Sie wird mit dem Reichstage im wesentlichen in der bereits früher gemeldeten Form zugehen und als wichtigste Bestimmungen die Verstärkung des Reservefonds der Reichsbank, die Erhöhung des steuerfreien Notenfontanges und die gesetzliche Haftkraft der Reichsbanknoten,

selbstverständlich unter voller Aufrechterhaltung der Einlösungspflicht der Reichsbank enthalten.

— (Gegen direkte Reichssteuern) hat sich am Montag in der Zweiten sächsischen Kammer der sächsische Finanzminister ausgesprochen zu müssen geäußert. Er erklärte, daß die sächsische Regierung unter keinen Umständen für direkte Reichssteuern, insbesondere nicht für eine Reichseinkommen- oder eine Reichsvermögenssteuer zu haben sein werde.

— (Das Erbrecht des Staates.) Die Finanzkommission des Reichstages hat sich befaßlich mit 15 gegen 13 Stimmen im Prinzip für das Erbrecht des Fiskus bei Intestaterbschaften ohne nähere eberechtigten Verwandten ausgesprochen. Man schreibt uns dazu aus parlamentarischen Kreisen: Keine Vorlage hatte im Plenum so wenig Freunde gefunden wie diese, kaum eine so heftige Gegner. Eine forderebare Nationalliberalen, Antisemiten, Freisinnigen, Nationalkonservativen und Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, Antisemiten und Freisinnigen, die der noch ein Vertrauensmann tüchtig, bildete die Mehrheit, Zentrum, Polen und Konervative die Minderheit. Stimmt das Zentrum geschlossen, so war die Vorlage mit Stimmengleichheit abgelehnt. Nicht, was in der Weiterberatung aus ihr wird, ob sie nicht so veräußert wird, daß sie überhaupt keine Bedeutung mehr hat, ob eine Mehrheit in der Kommission aus einer solche im Plenum entspricht, ist noch höchst zweifelhaft. Vorläufig war die Zustimmung in der Kommission verschiedentlich eine sehr bedingte. Also abwarten! Große Bedeutung hat die Sache jedenfalls nicht. Einkommen war das Bedeutendste der Kräfte der Konservativen über den unerwarteten Beschluß.

— (Wegen der Dreidener Wahlrechtsdemonstrationen) erhielten eine große Anzahl Personen Strafmandate. Sie lauten fast durchgängig auf Haftstrafen in Höhe von 3 bis 14 Tagen. Diese politischen Strafen sind, wie sächsische Blätter mitteilen, bitiert wegen groben Unfugs und Verletzung an einem nicht genehmigten Umgang.

— (Die deutschen und die französischen Sozialisten) Auf der am Montag in Paris eröffneten Jahresversammlung des Landesrats der französischen sozialistischen Partei erstattete die Parteiverwaltung im Internationalen Bureau ihren Bericht, worin es nach der „Voss. Ztg.“ heißt: Anfang November, zur Zeit der stärksten Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wegen des Casablanca-Vertrages, beschloß die Kammergruppe der Wiederkehr ähnlicher Gefahren durch Annäherung der Völker nach Maßgabe ihrer Kräfte vorzubringen. Sie wollte ein gemeinsames Vorgehen mit den deutschen Sozialisten verabreden. Ehe es jedoch zu einer Verabredung kam, war der Casablancafall dem Schiedsgericht zugewiesen. Die deutsche Sozialistenfraktion antwortete, sie wolle mit der französischen jedoch zusammenarbeiten, wenn der Friede droht, sie halte aber derzeit jede gemeinsame Volkskundgebung für unangebracht. Deutschland stand nämlich am Beginn des Feldzugs gegen die persönliche Gewalt des Kaisers und für die Eroberung der parlamentarischen Regierung, die dem politischen Einfluß des Proletariats und dem Sozialismus Raum schafft. Dieser Feldzug von unübersehbaren Folgen für Deutschlands Freiheit und den Weltfrieden erfordere die ganze Anstrengung der Fraktion.

— (Aus einer sozialdemokratischen Krankenkasse.) Gegen den Genossen Poupard, langjähriges Vorstandsmitglied der Krankenkasse I. in Sietzin, sind schon bei einiger Zeit schwere Anschuldigungen erhoben worden, die folgende Punkte betrafen: 1. Mit zwei verschiedenen ärztlichen Attesten hatte er sich bei zwei verschiedenen Untersuchungsstellen — der Landesversicherungsanstalt und der Buchdruckereibereitschaft — Untersuchungen verschafft, von denen ihm rechtlich nur entweder die eine oder die andere zustand. 2. Während er von der Bereitschaft 75 Proz. Rente bezog, als dreiviertel erwerbsunfähig war, verschaffte er sich ein Gesundheitsattest, durch das ihm die Stellung eines Redakteurs am sozialdemokratischen Sietziner „Volksboten“ zuziel. Trotz dem bezog er seine Rente ruhig weiter. 3. Als aber die Bereitschaft eine erneute Untersuchung anordnete, war er alsbald wieder so krank, daß er nur zwei Stunden täglich arbeiten konnte und daß sein Erwerbsvermögen gering schwach war! Obgleich Poupard durch die Presse energisch im Antwort erlucht worden, schwebt er sich völlig aus, gab nur den „feigen Verleumdern“ anheim, ob sie nicht überlebens den Sachverhalt durch eine Klage aufhellen wollten. Trotz dem blieb der Schwerbeschuldigte Inhaber eines „Ehrenamtes“ bei der Ortskrankenkasse I. Da erlärte auf Grund der Pressemitteilungen die Landesversicherungsanstalt Anzeige gegen Poupard wegen vollendeten und versuchten Betrugs. Die Sache wurde am 19. Januar d. J. in der Berufungsinanz vor dem Landgericht verhandelt. Poupard wurde wegen vollendeten Betruges zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die Strafe wäre nach der

Bauterrain

an der Bauernstraße, 3531 qm groß, mit er-
giebiger Wiesunterlage ist preiswert zu ver-
kaufen. Näheres bei

Fried. M. Kunth.

Knappe & Würke Eukalyptus-Bonbons.

Bestes Süßemittel der Welt.
Schäufelmarkt Zinglstraße.

5. Fernh. Frischh. Hl. Paul Käther Hh.
Hh. Schurig, Jul. Crommer,
Emil Weidling, G. Wolf,
Walter Bergmann, Franz Herfarth
& Ceuber Hh.

Wahre Wunderkinder

erzielt man mit

Carl Kochs Nährwieback.

denn derselbe ist sehr wohl-
schmeckend, besitzt höchsten
Nährwert, befördert

die Körperzunahme stärkt

den Knochenbau, verhindert

die Kinderkrank-

heiten als Rachitis, Skrophulose

etc., da er die Bestandteile einer

guten Kuhmilch mit den der Mutter-

milch eigenen Nährsalzen und Phos-

phaten vermischt. Zu haben in Tüten

und Paketen zu 10, 20, 30 u. 60 Pf.

in den durch Plakate kennt-

lichen Verkaufsstellen

Jeoen Botten

alte Feldtauben

tauft stets zu den höchsten Preisen

E. Riemer jun., Halle a. S.,

Alter Markt 18. Telefon 3484

Bessere Herrenmaste

sind zu verleben. Näheres in der Exped.

d. Blattes.

4 Herren-Masten

(Quartett) sind sehr preiswert zu verkaufen

Fischerstraße 3.

Zwei neue Damen-Masken

zu verleben

Baderstraße 10, Preisfrage gratis.

Eine Damenmaske,

Seidwels, zu verleben

II. Eigtstraße 18, 3 Tr.

Damenmaske

billig zu verleben Unteraltendurg 12

Denkband Hermann Müller,

Schmalestr. 19, Fernsprecher 300.

Heizöfen, Kochöfen, feine Öfen.

sehr empfehlenswert

Verkaufen Heizöfen

Ofenöfen

Unsere Prämien

Goethes Werke
Schillers Werke
Maffalbaum C.

geben wir, um mit den vorbandenen Be-
kand zu räumen, auch jetzt noch zu dem
äußerst günstigen

Vorzugspreise von 3 Mk. ab.

Anfängeremplare liegen aus. Für Wunsch

Zufendung frei Haus.

Geschäftsstelle

des „Merseburger Correspondent“.

Saison-

Ausverkauf.

Verkaufe sämtliche Winterjachen, als:

Pelz-Collars u. Muffen

sowie Wintermützen

zu herabgesetzten Preisen.

Max Städter,
Burgstraße 11.

Mastrindfleisch

a Pfd. 60 u. 65 Pfg.

empfehlen fortwährend

L. Nürnberger.

Bezugsquellenregister.

Erscheint
wöchentlich
einmal

Neu-
aufnahmen
jederzeit.

Drogerie.

Kaiser-Drogerie Reinhold Rietze, Rossm. 5

Parfümerien, Verbandstoffe, Phot. Art

Hugo Becher, Schmalestr. 2. Sämtliche

Küchen- u. Haushaltungsgegenstände.

Galanterie- u. Lederwaren,

A. Hammer, Markt 11.

Panelbretter, Lutherische, Etagären etc.

Geschenke zu allen Gelegenheiten

in grösster Auswahl.

Gold- und Silberwaren.

Oswald Rosberg, Goldschmied,

Burgstr. 10.

Schmucksachen jeder Art und Preislage,

silberne und Alp versilberte Geräte und

Bestecke Trauringe — Myrtenkränze.

Gummiwaren.

Gummiw.-Haus Grähneis, Gotthardstr. 20.

Sämtl. chirurg. Artikel billigst, Gummi-

Abstreife, vorz. Qual., echte Pariser nur pa.

Haushaltungs-Gegenstände.

P. Florheim, Burgstr. 12. Haushaltsartikel

in Holz-, Korb-, Sella-, Leder-, Solinger

Stahl-, Bürsten-, Pinsel-, Kammmwaren.

Herren-Moden.

R. Christ, Inh. Karl Christ,

Entenplan 5.

Anfertigung eleganter Herrenmoden

sowie reichhaltiges Lager fertiger Herren-

und Knaben-Garderobe.

Louis Günther, Markt 25. Anfertigung

eleganter Herrenmoden nach Mass Lager

in- und ausländischer Stoffe.

Herren-Konfektion.

Oskar Zimmermann,

Markt 13. Telefon 258.

Herren- und Knaben-Garderobe.

Arbeiter- und Berufs-Bekleidung.

Mitglied vom Rabatt-Spar-Verein.

Installation.

Justus Oppel, Neumarkt 23. Spez.-Wasser-

vers.-Anlag. mittelst Abessin.- u. Schacht-

brunnen f. Hand- u. Kraftbohr., autom.

Viehseilstr., eis. Saug-, dopp. u. viert-

wirk. Druckpump., Jauchepump., Tief-

pumpw. Badeeinr. Klosettanz. Bierdr.-App.

Klempnerei.

Justus Oppel, Neumarkt 23.

Korbwaren.

K. Leisering, a. d. Geisel 8.

Kinderwagen, u. Kindersportwagen, Klapp-

stühle, Reisekörbe, Reparaturwerkstatt.

Korsett-Spez.-Geschäft n. Mass

Frau A. Schönleiter, Schmalestr. 24. Ges.-

Umst.-Kors n. Mass, Mtsb., Schnürl. f. Kdr.

Kürschnerei.

J. G. Knauth & Sohn, Entenplan 2.

Hüte, Mützen, Schläpe, Handschuhe,

Regenschirme, Spazierstöcke, Hosenträger,

Gummigürtel, Filzschuhe, Einlegesohlen.

Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Frau Anna Graf, Neumarkt 42.

Schulartikel, Ansichtskarten, Bijouterien

Kurz-, Woll- u. Spielwaren.

Hugo Käther, Schmale-

strasse 21.

Sämtliche Artikel zur Damenschneiderei.

Leinenwarenhäuser.

Ernst Looke, Gotthardstr. 14.

Leinen- und Aussteuer-Geschäft.

Linoleum.

Gummiw.-Haus Grähneis, Gotthardstr. 20.

Läufer Reste v. 75 Pf. an p. m. Teppiche v.

3,25 M. an p. m. 200 cm br. p. qm v. 1,25 M. an.

Moden.

J. Hagen, kl. Ritter-

str. 15.

Spitzen, Schleier, Bänder, Handschuhe,

Modewaren-, Wäsche-Geschäft.

A. Günther, Markt

Nr. 29.

Bettfedern, fertige Betten, Inletts,

Hottheilige in weiss und bunt,

Kleiderstoffe in Welle und Damnwolle,

Kinderkleidchen usw.

Möbellager.

O. Scholz Ww. Gotthardstr. 34.

Möbel v. d. einfachsten bis z. d. gedieg.

Tischlerei m. Masch.-Betr. — Sarglager

Musikwerke.

Hugo Becher, Schmalestr. 2. Violinen,

Zithern, Zug- u. Mundharmonikas, Blech-

u. Blas-Instrumente, Sprechapparate

Papier- u. Galanteriewaren

L. Daumann, Burgstr. 4

hält sich bei Bedarf in einschlägigen

Artikeln bestens empfohlen.

Putz.

Ww. B. Pulvermacher, kl. Ritterstr. 12.

Einfacher sowie eleganter Putz.

Seilerei.

H. Petersohn, Oberwallstr. 23. Polster-

u. Tapeziererarbeit wird angenommen.

Schirme und Stöcke.

A. Hammer, Markt 11.

Ww. Marie Müller,

Burgstr. 6.

Schirme, Stöcke, Handschuhe

Schokolade, Kakao, Tee,

Bisquit und Praliné kauft man gut und

preisw. im Schokoladengesch. Domstr. 9.

Spezialität: Kaffeeentleerung von Fucara.

Schuhwaren.

Karl Hesselbarth, Oelgrube 19.

Spezialität: Bessere Schuhwaren.

Otto Riedel, Burgstr. 11.

Grosses Lager in Leder- u. Filzwaren.

Reparaturen prompt.

August Gläser, Neumarkt 41.

Lager fertiger Herren-, Damen- u. Kinder-

stiefel sowie Filzschuhe, Hausschuhe etc.

Spielwaren.

Spielwarenhäuser

W. Köhler,

kl. Ritterstrasse 13.

Beste und billigste Bezugs-

quelle für Kurz-,

Galanterie- und Spiel-

waren.

Stahl- und Messerwaren.

Carl Baum, kl. Ritterstr. 14.

Haus- und Wirtschafts-Artikel

Schleiferei und Reparaturwerkstatt.

Tapissiererei- und Kurzwaren.

Carl Stürzbecher, Burgstr. 24.

Schläpe, Wäچه, Trikotsagen, Hand-

schuhe, Korsetts, Schürzen.

Uhren

Hugo Jahn, Entenplan 1.

Grosses Lager in Uhren, Gold- und

Silberwaren.

Wachstuche.

Gummiw.-Haus Grähneis, Gotthardstr. 20.

Wachstuche in all. Must. v. 70 Pf. an, Reste

in all. Gr. v. 10 Pf. a., Tischd., v. 90 Pf. an.

Wäsche-Ausstattung.

Ernst Looke, Gotthardstr. 14.

Leinen- und Aussteuer-Geschäft.

Reichskrone.
Täglich von abends 8 Uhr ab
Familien-Konzerte
vom
Eilte-Damen-Orchester
D' Karlsbader.
Entree frei. Entree frei.

Schweizer Katzenfelle.
ein natürliches Mittel von auffallend
guter Wirkung bei Gicht, Rheu-
matismus, Erkältungen aller
Art bei
Richard Kupper,
Markt 17,
Central-Drogerie.

F. W. Benneke.
Empfehle meine sehr reichhaltige
Theater- u. Masken-
Garderobe.

Eingang nur vom Tiefen Keller aus.
Kraft-Leberthran Emulsion
Dieses hervor-
ragende Kräf-
tigungsmittel für
Kinder hat sich nur
durch seinen mil-
den und angeneh-
men Geschmack
so beliebt gemacht.
Nur echt in Original-
flaschen zu 1,00 und
2,00 in der G.
Gotthardt-Drogerie
Bertram-Emmanuel.

Markt 14
A. W. Haase
Ferienpächter 281
Merseburger Halle

Landwehr-Verein
Benna-Feijsch.
Zur Nachfeier des Geburtstags Sr.
Maj. des Kaisers Wilhelm II. Sonntag
den 31. Januar 1909, abends 8 Uhr,
Ball
in Reipfich. Freunde und Gönner des
Vereins sind willkommen.
Der Vorstand.

Rohlands Restaurant.
Täglich Konzert
des Damenorchesters Donauingen
Dir.: Geschwister Grünert.
Anfang abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
Frank Rohland

Wädchen,
das Oftern die Schule verlässt, wird zu
Oftern gelucht
Friedrichstraße 17.
Gelucht nur sofort
besseres Mädchen
für Küche und Haus, nicht unter 20 Jahren,
bei gutem Lohn
Wasserhaus Fötschen.
Ein tüchtiges zweites

Dienstmädchen
wird bei hohem Lohn per 1. Februar gesucht.
Zu melden
Reichskrone, Merseburg.
Saubere Wädchen wird als
Anwartung
für Sonnabend vormittag gesucht
Karlstraße 15 I.

Gelucht sofort eine
Anwartung
für vormittags und zwei Nachmittags-
stunden. Meldeorten
Karlstraße 35, 1 Tr.
Hierzu etue Beilage.

Freudestrahlend
Nigrin
Nächst Anna in die Arme ihrer
Freundin! Kaufe Nigrin
f. Lotte, und du wirst meine
Freude begreifen. In wenigen
Sekunden strahlen die Schübe
in Hochglanz.

Deutschland.

(Der sächsische Landtag) ist am Dienstag mittag im Thronsaal des Residenzschlosses zu Dresden in Anwesenheit sämtlicher Staatsminister, sowie des diplomatischen Korps vom König geschlossen worden. Die Thronrede nimmt auf das Zustandekommen der Wahlreform mit folgenden Worten Bezug: Für die Vertretung des Volkes die rechte Wege zu finden, ist eine überaus schwierige Aufgabe gewesen, und wenn der Verlauf der Verhandlungen mich zeitweise von den Sorgen erfüllt werden ließ, daß eine wichtige und das Land tief bewegende Vorlage in der zu Ende gehenden Session unerledigt bleiben werde, so hoffe ich nun, nachdem allseitige Übereinstimmung erzielt worden ist, um so zuversichtlicher, daß meine bei der Eröffnung des Landtages ausgesprochenen Absichten durch Ihre Beschlüsse sich verwirklichen und in meinem Volke alles Verständnis und Vertrauen finden werden. Die Thronrede erwähnt ferner, daß die verabschiedeten Gesetze, darunter das Finanzreform-Gesetz, das Vergesetz, sowie die Gesetze, betreffend Reformen im Unterrichts- und im Verwaltungswesen für Staatsbeamte, Geistliche und Lehrer. Zu der Thronrede heißt es ferner: Ich zwar durch diese Maßnahmen, die sich, freilich nicht ohne die von Ihnen bewilligte Fortdauer des erhöhten Einkommensteuers-Tarifes und ohne die Neuordnung der Stempelsteuer verwirklichen lassen, allen billigen und gerechten Wünschen Rechnung getragen worden, so möchte ich nicht unterlassen, den Wunsch hinzuzufügen, daß das sorgfältigste Nachdenken der persönlichen Ausgabekontrollen auf geraume Zeit zum Abschluß gekommen sei. Es wird Sache meiner Regierung sein, mit allem Nachdruck von Ihnen gestellten Antrag nachzugehen, Mittel und Wege zu suchen, wie durch Vereinigungen in der Organisation und im Verfahren eine wesentliche Einsparnis an persönlichen Ausgaben erzielt werden kann. Die Ordnung der Finanzen des Reiches ist es nachdrücklich eine Lebensfrage für unser ganzes Vaterland geworden. Bundesrat und Reichstag sind in enger Arbeit von neuem dabei, eine endgültige Regelung herbeizuführen. Ein Scheitern des Reformwerkes wäre ein Unglück von unbeschreiblicher Tragweite. Ich halte mit meiner Regierung an der Hoffnung fest, daß es trotz der außerordentlichen Widerstände, die sich der Erreichung des angestrebten Ziels entgegenstellen, gelingen wird, zu einer Verständigung zu gelangen, welche die Deckung des Reichsbudgets auf die Dauer sichergestellt, ohne durch die Wahl der Deckungsmittel die Stellung zu beeinträchtigen, welche mir und meiner Regierung meinen Ständen innerhalb des Reiches nach den Grundgesetzen der Reichsverfassung zukommt. So lassen Sie mich denn von Ihnen mit dem Wunsch Abschied nehmen, daß unser gemeinsames, auf die Wohlfahrt unseres teuren Sachlandtes gerichtetes Streben von dem göttlichen Segen begleitet sein möge.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 26. Januar.) Der Reichstag widmete am Dienstag die ganze Sitzung der ersten Lesung der Vorlage, bezogen auf die Reichs-Verbindungen mit überseeischen Ländern. Es handelte sich dabei um eine bereits im Vorjahre abgeleitete Vorlage auf Gewährung einer Subvention von 7700000 Mk. an den Norddeutschen Lloyd für die Erhaltung der Dampfschiffahrt nach Neu-Sünnar; damals waren nur 400000 Mk. bewilligt worden, womit jedoch der Lloyd nicht auskommen zu können erklärt. Staatssekretär von Bethmann-Hollweg begründete die Vorlage mit der Notwendigkeit, zur dauernden Hebung der Wirtschaftsverhältnisse des Inselgebietes die vierwöchentliche Schiffsverbindung aufrechtzuerhalten. Die Vorlage fand diesmal im allgemeinen die Zustimmung des Hauses. Insbesondere traten die Abgeordneten Dr. Semler (natlib.) und Hornmann (Frl. Apts.) mit Eifer dafür ein und wiesen nach, daß es nicht im Interesse des Lloyd liege, diese subventionierte Linie aufrecht zu erhalten, sondern vielmehr im Reichsinteresse, das durch allein aufschlagend sein dürfte. Die Abg. Erzberger (Chr.) und Raab (Christl. Vng.) hielten eine gründliche Prüfung der Vorlage in der Kommission für dringend erforderlich und fügten einer neuerlichen Ablehnung nicht abgeneigt, während Abg. Roste (Sog.) sich ganz entschieden gegen den Entwurf erklärte. Abg. Gerber (Sog.) und Weitzel (Chr.) traten auch gegen die Vorlage ein. Für den ersten Teil, der die Bewilligung des allgemeinen, gleichen, gemeinsamen, direkten Wahlrechts fordert, stimmten außer den Freisinnigen auch das Zentrum, die Polen und

die Sozialdemokraten. Der zweite Teil, die Forderung einer Neuerteilung der Wahlbezirke, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt. Auch die Nationalliberalen stimmten dagegen, weil sie in ihrem eigenen Antrag eine abgeschwächte Fassung vorgefunden. Der Antrag der Polen, der ziemlich gleichlautend mit dem freisinnigen Antrag war, wurde gleichfalls abgelehnt. Dann kam der Gesamtantrag der Nationalliberalen zur Abstimmung. Der erste Teil, der das Plura-Mehrrecht verlangt, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Freikonfessionellen abgelehnt. Bei der zweiten Abstimmung über die Erhebung des indirekten durch das direkte Wahlverfahren ergaben sich Zweifel. Die Abstimmung ergab 165 Stimmen für und 168 Stimmen gegen diesen Teil des Antrages. Mit äußerster Stimmenmehrheit wurde dann auch die Forderung der gleichen Stimmabgabe abgelehnt, und schließlich auch gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen der letzte Teil des Antrages, in welchem eine Neuerteilung der Landtagswahlkreise insofern verlangt wird, als durch Umwälzung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten. Aus der Abstimmung kam infolgedessen der Antrag für die künftige Wahlreform gezogen worden, als die Forderung der direkten und der gleichen Wahl nur durch eine Zufallsmehrheit abgelehnt worden ist. Mit dem Widerstand gegen diese Forderung ist die Rechte völlig isoliert geblieben, es haben einzelne Mitglieder der Reichstagsmehrheit sich für die Veränderung des geltenden Wahlrechts erklärt. Die der Abstimmung vorausgehenden Verhandlungen erhielten ihr Gepräge durch die scharfe Kritik, die von nationalliberaler und von freisinniger Seite an der Haltung der Konfessionellen gestellt wurde. Der nationalliberale Abg. Fritze ließ die gegenwärtige Stellung seiner Gruppe zu den Wahlrechtsfragen, die darin bestehe, daß man einer Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen abgeneigt sei. Dagegen trete die große Mehrheit für die geheime Abstimmung ein und dieselben, die nicht unbedingt dafür seien, verhielten sich nicht ganz passiv, sondern materielle gestanden. Nachdem der Redner auch noch die Änderung der Wahlkreise beleuchtet und dabei versichert hatte, daß die Bevölkerungsverhältnisse bei einer neuen Einteilung nicht allein maßgebend sein dürfe, sondern er sich gegen den konfessionellen Abg. v. Hülshofen, um auf dessen geistliche Rede zu antworten. Er wies darauf hin, daß der wahre Grund des Widerstandes der Konfessionellen gegen eine Änderung des jetzigen Wahlrechts darin liege, daß diese Partei ihre Machtstellung behalten wolle. Im Laufe der Zeit sei das Wahlrecht durchaus modifiziert worden, aber die Schranken seien zu erhalten, wenn nur unterer Wahlleistung erhalten bleibt. Demgegenüber sei zu betonen, daß die konfessionelle Herrschaft nicht notwendig und keineswegs mit dem Staatswohl identisch sei. Abg. Dr. Friedberg hielt der Redner vor, daß sie als kurzfristige, selbständige Parteien nicht zu betrachten seien, sondern nur als Vertreter der Freisinnigen Abg. Dr. Wiemer zum Wort. Er kritisierte zunächst die inhaltlich nicht befriedigende Erklärung des Ministers des Innern und sprach unter lebhafter Zustimmung aus, daß eine dringliche Reform nicht nur hinsichtlich der Bestimmungen und Ermittlungen und Berechnungen erfüllt werden dürfe. Worauf es ankomme, sei der feste Entschluß, vorwärts zu kommen und eine gründliche Reform durchzuführen. Eine entschlossene Förderung des Reformwerkes durch die Regierung sei gerade nach der Erklärung der konfessionellen Partei notwendig, damit die Grundidee nicht verloren gehe, die Verwirklichung der Thronrede ohne Erfüllung bleibt, weil es den Konfessionellen nicht gefalle. Der Redner wies dabei den Versuch der Konfessionellen nachdrücklich zurück, die Machtstellung der Krone als gefährdet hinzustellen, wenn das preussische Wahlrecht geändert wird. Die Veränderung der Krone sei nicht gegründet auf dem einseitigen Interesse einer bestimmten politischen Richtung, sie rühre sich allein auf der Rechtsgleichheit und der Volkssouveränität. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen fesselte Abg. Dr. Wiemer die Wärtungen des geltenden Wahlrechts auf Grund der Erfahrungen bei der letzten Landtagswahl, und legte insbesondere die Notwendigkeit der gleichen Wahl dar, indem er auf den von den Sozialdemokraten beliebten Wahlkreisvorrismus näher einging und die Angriffe zurückwies, die vorher Abg. Strobel gegen die Freisinnigen hinsichtlich der Bevölkerungsziffern entsprechende Wahlkreiserteilung und was nach, wie durch die seit einem halben Jahrhundert bestehende, völlig veraltete Einteilung der Wahlbezirke der konfessionell-agrarische Einfluß auf die Gesetzgebung gefährdet wird. Im Zusammenhang damit machte sich Abg. Dr. Wiemer an die Sache des Wahlrechts gegen die geistlichen Würdenträger des Abg. von Hülshofen und geistliche insbesondere die Überhebung, die in dessen Ausführungen gegenüber den Freisinnigen zutage getreten ist. Auf die Frage wo die Freisinnigen bleiben würden, wenn der Vorschlag ablehnt, antwortete der Redner, daß die Freisinnigen dann genau in derselben Position sein würden, in der sie früher waren, und jedenfalls in einer besseren als die Konfessionellen; denn sie hätten die Möglichkeit, eine Abnahme der Mehrheit gegen die Konfessionellen im Reichstag zu bilden. Er fesselte weiter unter der Bezeichnung des Hauses das Verbleiben des Herrn v. Hülshofen in dem Zentrum, das geradezu förmlich gerügt habe, weil es in einem Augenblick erfolgte, wo sich der Vertreter des Zentrums ebenfalls für das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatte. Die Rede des Abg. v. Hülshofen ist, wie Abg. Wiemer hervorhob, unvollständig in der Sache gegen die Volkspartei und den herrschenden Kreis. Die Freisinnigen sehen diesen Begleitern mit kühler Gelassenheit entgegen, und sie werden an ihrem Teil die Konsequenzen aus der Änderung der politischen Situation da ziehen, wo solche

Konsequenzen zu ziehen sind. Eine selbstbewusste entschlossene Regierung müßte, wie der freisinnige Redner unter lebhafter Zustimmung ausdrückte, gerade nach der Erklärung der konfessionellen Partei unverzüglich eine Wahlrechtsvorlage einbringen und, wenn die Konfessionellen diese Vorlage zum Scheitern bringen, an das Land appellieren. Wenn die Vorlage auf richtigen Gedanken aufbaut sei, so müßte der konfessionelle Widerstand vor dem Volksmillen geräteten wie die Spreu vor dem Winde. Obwohl noch eine Reihe von Rednern, darunter auch Abg. Dr. Radnitsch und Abg. Fritze, gemeldet waren, wurde die Debatte geschlossen. Namens der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sprach Abg. Hoff (Frl. Vng.) das Wort, um noch einmal kurz und unter Betonung charakteristischer Zahlenmaterials die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Wahlrechts vor Augen zu führen. Bei einer Wahlreform handle es sich darum, die Vorkerrschaft Oligarchien in Preußen zu brechen. Es sei ferner, die als liberale notwendig erkannte Änderung des Wahlrechts nur darum zu unterstützen, weil die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus keine Vertretung erhalten löste. Für die Freisinnigen komme es darauf an, die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung vermittelst der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen auch wirklich durchzuführen. Auch diese eindrucksvolle Rede veranlaßte aber die schon längst feststehende Meinung der Mehrheit nicht zu ändern. Die hierauf folgende Abstimmung ergab das Resultat, das wir oben mitgeteilt haben.

Provinz und Umgegend.

† Döherleben a. Vode, 25. Jan. Ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 4 Uhr morgens an dem Graf Wilam Schacht der Grube verunglückte Marie Kaufe bei Mendorf. Die Häuer Karl K. 016 und Wilhelm L. 211 emanna, sowie der Aufseher Friedrich Hesse, sämtlich im nahen Orte Kornhäuser wohnhaft, gehörten zur Nachwachsmannschaft dieses Schachtes und wollten gegen 4 Uhr einen Ort nachsehen, der zwei Stunden vorher befreit werden sollte. Mägdelein brachen unter starkem Aufdruck von großem Steingeröll begleitete Schwemmschuttmassen herein. Der Aufseher als letzter unter den dreien konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen; seine beiden Kameraden dagegen wurden beim Überschreiten der Schutzvorrichtungen vom Schutt überrollt und vererschüttert. Die Bergungsarbeiten wurden sofort mit größtem Eifer aufgenommen, leider jedoch ohne Erfolg; um 10 Uhr vormittags wurden schon beide als Leichen zutage gefördert. Die Bergungsläden sind beide verheiratet und Sobls Vater von fünf unmündigen Kindern und wurden von der Verwaltung als zwei der tüchtigsten Bergleute sehr geschätzt. † Sondershausen, 27. Jan. Auf der Straße von Badra nach Bendeleben wurde ein Handwerksbursche mit Stelzfuß halb erfroren aufgefunden. Er wurde nach Badra in das Gemeindefhaus gebracht, wo er kurze Zeit darauf starb. † Koburg, 26. Jan. Der Fürstentum der Veste K. 016 ist auf Veranlassung der herzoglichen Staatsregierung durch die zuständige Baubehörde vor kurzem einer genaueren Prüfung unterzogen worden. Es hat sich dem „Burgwart“ zufolge dabei herausgestellt, daß der bauliche Zustand an verschiedenen Stellen sehr zu wünschen übrig läßt. Die obere Fachwerkwand an der Nordseite hat sich nach außen geneigt und unter dem Druck des aufliegenden Dachstuhl hat sich die Dachbalkenlage an der Nordseite über einen halben Meter gesenkt, so daß die Verbindungen des Dachstuhl an vielen Stellen auseinandergegangen sind. Man wird sich erinnern, daß schon im Jahre 1838 der Kapellenstichel, der im Zusammenhang mit diesem Dachstuhl stand, wegen zunehmender schwerer Schäden vollständig abgetragen werden mußte, so daß die Kapelle ihre heutige Ausdehnung, die der Hälfte der früheren entspricht, erhielt. Infolge der erwähnten Feststellungen hat mit dem Ausräumen der Sammlungen und Kupferliche begonnen werden müssen. † Koburg, 26. Jan. Wie die V. N. M. melden, brachten die dem gemeinschaftlichen Landtage für das Herzogtum Koburg-Gotha zwölf Abgeordnete einen Antrag auf Einführung der direkten Wahl zum Landtage ein. † Gera, 26. Jan. Vor zwei Wochen brannte das Schmidt'sche Gut in Großgaa vollständig nieder. Als der Brandstiftung verdächtig wurde der Dienstfrucht Brummer in Großgaa festgenommen. Er legnete die Tat harmlos. Erst hat er auf Zureden seiner Mutter und Schwester die Tat eingestanden, die er auch nach der Verhaftung gegen Schmidt, der großen Schaden durch den Brand erlitten hat. — Eine sozialdemokratische Versammlung in Debschitz hat gegen die Errichtung einer neuen Kirche in Gera protestiert, weil die Gemeinde Debschitz zu der Kirche beitragen muß. Die Kirche wird auch ohne die Zustimmung der Geger erbaut werden, da die Regierung bereits angeordnet hat, daß die Stadt Gera alljährlich einen

Betrag für die Kirche in den Haushaltsplan einstellen muß.

† **Boomsleben**, 26. Januar. Im Walde bei Bormsleben überachte der Forstmeister Michaelis einen unbekanntem Wilderer. Beide gaben Feuer. Der Wilderer wurde schwer verwundet.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 28. Januar 1909.

Die Feier des Kaisergeburtstags. Die allgemeine Teilnahme der weissen Kreise unserer Bürgerschaft an der Feier des Geburtstages unseres Kaisers konnte man so recht an dem überaus starken Besuch der Veranstaltungen, die am Mittwoch und den vorhergehenden Tagen stattfanden, erkennen. Überall konnte eine gehobene und patriotische Stimmung konstatiert werden und mit innigem Anteil gedachte man in Ansprachen und Trinksprüchen der Person unseres Kaisers. Viele Privathäuser unserer Stadt, sowie alle öffentlichen Gebäude hatten Flaggen geschmückt, einzelne Geschäfte hatten ihre Schaufenster festlich mit Kaiserbüsten in dekorativer Umrahmung geschmückt. Eingeleitet wurde der Kaisergeburtstag am Dienstag durch einen Zapfenstreich des Alterntagevereins, dem etwas später der der hiesigen Garnison folgte. Beide Abteilungen wurden bei ihrem Marsch durch die Straßen von einer großen Menschenmenge begleitet. Das von den Garnison-Spielweibern ausgeführte Weeden eröffnete die Festlichkeiten des Tages. Mächtige sich auch die Kälte, wie auch am Tage vorher, etwas unangenehm bemerkbar, so war doch das zahllose Publikum auf den Straßen die Feststimmung anzumerken. Die Schüler und Schülerinnen eilten in Sonntagsschleiden ihren Schulen zu, in denen die üblichen Feste veranstaltet wurden. Um 10 Uhr begann der Festpredigt des Gottesdienstes im Dom, an dem die Spitze der hiesigen Behörden, die Krieger-Vereine sowie die Garnison teilnahmen. Die Kirche war überfüllt. Die Festpredigt hielt Herr Superintendent Prof. Vithorn. Während des Gottesdienstes verarmte sich eine gewaltige Menschenmenge auf dem Marktplatz, wo in diesem Jahre die Parade abgenommen werden sollte. Nach Schluß des Gottesdienstes nahmen die Spitze der Behörden in Militärtracht und das Reserveoffizierskorps, an der Spitze der Regierungspräsident Herr Freiherr v. d. Rucke, am Rathaus Aufstellung. Die Militärvereine unter Vorantritt der Stadtpolizei folgten. Die vier Kompagnien 36er formierten sich zu einem Bivier, Trupp nach der Mitte. Nach dem Kommando zum Präsentieren hielt der Bataillonskommandeur Herr Major Jungmann eine kurze Ansprache und brachte das Hurra auf den Kaiser aus, in das die Truppen und das versammelte Publikum kräftig einstimmten. Am Anschluß schritt der Regierungspräsident in Begleitung des Bataillonskommandeurs die Front der unter präsentierten Gewehr stehenden Truppen ab, worauf sich diese zum Parademarsch in Zügen formierten, der in der Richtung nach der Feste des Marktes ausgeführt wurde. Damit hatte das vom Publikum mit lebhaftem Interesse verfolgte militärische Schauspiel sein Ende erreicht; die Truppen marschierten nach der Kaserne und eilten dort den ihnen harrenden Festtagsbräuten zu. Die Kriegervereine zogen geschlossen nach dem Schulplatz, wo sich der Zug nach einer kurzen Ansprache des Landrats Herrn Grafen v. Haußowille, die ebenfalls in ein Kaiserhoch auslief, auflöste. Das offizielle Festmahl begann um 2 Uhr im Tivoli, wo sich etwa 200 Teilnehmer eingefunden hatten. An einer Seite prangte in einem Haun von Palmen und Vorbeerdämmen die Wüste des Kaisers. Das Hoch auf den Kaiser brachte als Abschluß einer markigen Rede der Herr Regierungspräsident Freiherr v. d. Rucke aus. Die Tafelmusik wurde von der Stadtpolizei unter Leitung des Herrn Musikdirektor Hertel ausgeführt. Abends fanden in vier Vokalien Festlichkeiten für die Mannschaften der Garnison statt, an denen unsere Bürgerschaft lebhaften Anteil nahm.

Zur Kaisergeburtstagsfeier hatte auch der Verein ehem. 12. Husaren hierseits seine Mitglieder und Freunde am Dienstag abend zahlreich im Tivoli versammelt. Das reichhaltige Programm eröffnete der schneidige Marsch „Mit Gott für Kaiser und Reich“ von Parlow, dem noch zwei prächtige Musikpièces folgten, worauf der Vorsitzende des Vereins das Wort ergriff, um mit patriotischer Begeisterung den Kaiser zu feiern und dem hohen Geburtstagsfeste die herzlichsten Wünsche des Reservejäger Vereins ehem. 12. Husaren darzubringen. Die Ansprache schloß mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser Wilhelm II., in das die ganze Festversammlung enthusiastisch einstimmte. Im weiteren Verlaufe des Abends folgte ein Festspiel von Hermann Söll, betitelt „Sei Kaiser Dir“, das in schwingenden Versen, gesprochen von einem Bürger, einem Bauer und dem Genius der Geschichte, Kaiser Wilhelm II. als Friedensfürsten feiert und ihm den Dank seines treuen Volkes zu Füßen legt. Neben

Drchesterfäden kamen auch mehrere von den Kräften des Vereins recht gelungene instrumentale Musikstücke zur Ausführung, die stilistischen Verfall auslösten. Den Schluß des unterhaltenden Teils bildete der einaktige Schwanz „Das Pulverfaß“ von Gustav Kadelburg, dessen Durchführung eine ausgezeichnete genannt zu werden verdient, da sämtliche Rollen tadellos zur Darstellung gelangten und in der ganzen Versammlung eine heitere Stimmung weckten, die noch lange harmonisch nachklang. Der sich anschließende Ball hielt die alten Husaren mit ihren Gästen bis zum Morgen in echt Filaradtschajstlicher Fröhlichkeit zusammen.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer. Feldmäßiger Abau- und Düngungsversuche kleinerer Landwirte. Für das Frühjahr 1909 stehen der Kammer wieder Mittel zur Verfügung, aus denen kleineren Landwirten zur Anstellung selbstmöglicher Abau- und Düngungsversuche Saatgut sowie Düngemittel geliefert werden können. Die Anmeldeformulare zu diesen Versuchen sind jederzeit durch die Herren Vereinsvorsitzenden persönlich oder auf schriftlichen Antrag zu beziehen. Die von dem Versuchsansteller ausgefüllte Anmeldung ist nicht, wie bisher, an die Landwirtschaftskammer, sondern direkt an den auf dem Formular verzeichneten Winter- und Sommerdirektor bis zum 10. Februar einzureichen. Die Versuche haben später von den Versuchsanstellern die unterzeichnete Empfangsbescheinigung, sowie 2 Mk. Gebühren für jeden Versuch einzuziehen und an den zuständigen Winter- und Sommerdirektor abzuliefern. — Praktische und theoretische Vorträge. Um jungen Landwirten und namentlich solchen, die die Absicht haben, sich dauernd der Landwirtschaft zu widmen, Gelegenheit zu bieten, vor einer öffentlichen Prüfungskommission sich einen Nachweis über ihre praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, haben wir eine Prüfungsstelle für landwirtschaftliche Beamte geschaffen. Zu landwirtschaftlichen Prüfung können nur solche jungen Landwirte zugelassen werden, die den Nachweis über eine ordnungsmäßige beendete Lehrzeit und eine weitere mindestens dreijährige Tätigkeit in der Landwirtschaft zu erbringen vermögen. Außerdem muß der Prüfling mindestens 21 Jahre alt sein. Die Prüfung ist sowohl eine theoretische als auch eine praktische, sie findet in der zweiten Märzhälfte statt. Anmeldungen dazu sind bis Ende Februar an die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen nach Halle a. S. zu richten unter Vorlegung eines Lebenslaufes, der Zeugnisse über die bisherige praktische Tätigkeit, über etwaigen Fachschulbesuch und über den Lebenslauf. Vor der Teilnahme an der Prüfung ist eine Prüfungsgebühr von 20 Mk. an die Kasse der Landwirtschaftskammer einzusenden.

Neue Bestimmungen über die Versteigerung von Postsendungen. Bestimmungen mit leicht veränderlichem Inhalt, die nicht befristet werden können, werden bekanntlich unter gewissen Voraussetzungen verteidigt. Das Reichspostamt hat jetzt neue Bestimmungen darüber erlassen. Durch diese soll überall ein gleichmäßiges Verfahren der Postämter erreicht werden, damit aber auch ein möglichst hoher Erlös aus dem Verkauf erzielt werden, wie er sowohl im Interesse der Postverwaltung wie der Absender liegt. Diese Bestimmungen sind deshalb künftig allgemein durch Schalteranfrage bekannt zu machen. Wenn es ferner zur Erzielung höherer Verkaufserlöse nützlich und angängig erscheint, sollen außerdem Interessenten, die am Ort anlässlich sind, auf fernem Wege von der anberaumten Versteigerung in Kenntnis gesetzt werden. Diese Benachrichtigung kann mündlich oder durch den Fernsprecher geschehen. Wo Vereine oder Verbände solcher Interessenten bestehen, genügt eine Benachrichtigung des Vorstandes oder einer Person, die von dieser beauftragt worden ist.

Schutz gegen Veranstaltung des Orts- und Straßenbildes. In einem letzten erlangenen Erlaß der beteiligten preussischen Ressortminister wird darauf hingewiesen, daß von Seiten der Gemeinden bis jetzt verhältnismäßig noch wenig geschehen ist, um sich zur Erhaltung ihrer geschäftlich und künstlerisch bedeutenden Bauwerke sowie zum Schutze des Orts- und Straßenbildes und zur Einschränkung der Reklamebildwerke die Vorschriften des Gesetzes vom 15. Juli 1907 zunutze zu machen. Die Regierungspräsidenten sind deshalb beauftragt worden, auf die Gemeinden, deren Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, dahin einzurufen, daß entsprechende Vorschriften möglichst bald erlassen werden.

Winterstaub kann allerdings mit dem Sommerstaub nicht konkurrieren. Wollen, wie sie in der heißen Jahreszeit oftmals die Straßen erfüllen, gibt es da nicht. Im Gegenteil, wenn der Schnee die Flächen bedeckt, dann ist die Luft so haubfrei, wie es in unseren Niederungen nur möglich ist. Dafür aber macht er sich an einem anderen Orte bemerklich, wo er

fast noch unangenehmer ist, nämlich im geheizten Zimmer. Da zeigt sich manchmal ein unangenehmer, fragender Geruch, der die Kehlfloschleimhaut reizt und Husten hervorruft. Er rührt von verbranntem und geröstetem Staub her, wobei Ammoniak und andere schädliche Stoffe entstehen. Am häufigsten findet man diese Verletzung bei den gewöhnlichen eisernen Öfen, deren Wandungen leicht glühend werden, infolgedessen die auf dem Ofen abgelagerten Staubteilchen verbrinnen und die Luft verunreinigen. Aber auch bei den Heizkörpern der Luftheizung findet leicht eine Überhitzung statt, wodurch aufgelaugertes Staub verbrannt und die Verunreinigungsprodukte sich der Luft beifügen. Sie dürfen nie über 70° erhitzt werden. Vermeidung ist, daß Staub, der aus künstlich mit Wasserdampf angefeuchteter Luft herkommt, mehr überlebende und reizende Dämpfe enthält, als der Staub aus gewöhnlicher Luft. Die eisernen Öfen müssen daher peinlich rein gehalten werden und sind öfter feucht abzuwischen.

Beim Überklettern eines Steinhauens auf dem Neumarkt, die dort immer noch infolge der Rabellegung direkt vor den Hauseingängen liegen, stürzte ein Kind und zog sich Hautabschürfungen zu. Ein Topf, den es in der Hand hielt, ging dabei in Trümmer. Sehr leicht konnte sich das Kind noch an den Scherben verletzen. Wann endlich, so schreibt man uns, schreibt die Polizei ein und befristet diese unholdbaren Zustände. Sie ist doch sonst immer schnell zur Stelle, warum jetzt nicht!

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 26. Januar 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Waage gibt nach Eröffnung der von 6 Magistratsmitgliedern und 21 Stadtverordneten besetzten Sitzung folgendes Bekannt: Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und des Vereins für öffentliche und private Gesundheits- und Wohlfahrt hat an den Magistrat und die Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, die sich mit der kürzlich beschlossenen Einführung der Umfahsteuer und der Steuer nach dem gemeinen Wert befaßt. Der Vorsteher bringt diese Eingabe, die mir bereits vor einiger Zeit im Wortlaut veröffentlicht wurde, zur Verlesung. Man findet wiederholt, daß in der Eingabe gegen das Verfahren, welches bei der Einführung der neuen Steuern eingeschlagen worden, indem die Bürgerschaft erst zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung davon Kenntnis erhielt, Protest eingelegt wird, da es nicht der bei solchen Vorlagen üblichen Rücksichtnahme entsprechen würde, die Steuererläge in den einzelnen Vereinen zur Verlesung und zur Beratung zu bringen, sondern die Entscheidung hierüber durch die Stadtverordneten aus dem Gemeinwohl der Bürger-Vereine dadurch unmöglich gemacht worden.

Der Vorsteher Stadt. Waage stellt hierzu folgenden Protest: Bereits im März v. J. wurde die Veranlassung einer gemischten Kommission, die neue Steuerquellen ausfindig machen und vorberaten sollte. Also schon damals wurde die Öffentlichkeit damit vertraut gemacht, daß neue Steuern zur Deckung der Mehrausgaben nötig sind. Angedeutet wurde hierbei die Umfahsteuer, die Steuer nach dem gemeinen Wert und die Verbrauchssteuer. Also seit März v. J. hatte die Bürgerschaft Zeit, zu den neuen Steuern Stellung zu nehmen. Unrichtig ist, daß die Bürgerschaft erst zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung von der beabsichtigten Einführung der neuen Steuern unterrichtet worden ist. Bereits nach Tagesvorher, am 7. Dezember v. J., wurde in der Stadtverordneten-Sitzung darauf hingewiesen, die neuen Steuererläge liegen zur Einsicht der Stadtverordneten aus. Die Eingabe betreffend der zwei Tage ist also unrichtig. Es lag in der Hand der Vereinsvorstände, wenn die kurze Zeit es unmöglich machte, die Steuererläge in den einzelnen Vereinen zur Verlesung zu bringen, an den Stadtverordneten-Sitzung darauf hingewiesen, die neuen Steuererläge liegen zur Einsicht der Stadtverordneten aus. Die Eingabe betreffend der zwei Tage ist also unrichtig. Es lag in der Hand der Vereinsvorstände, wenn die kurze Zeit es unmöglich machte, die Steuererläge in den einzelnen Vereinen zur Verlesung zu bringen, an den Stadtverordneten-Sitzung darauf hingewiesen, die neuen Steuererläge liegen zur Einsicht der Stadtverordneten aus. Die Eingabe betreffend der zwei Tage ist also unrichtig.

Eine ähnliche zweite Eingabe ist, wie der Stadtverordneten Vorsteher weiter bemerkt, vom Gewerbe-Verein und dem Bürger-Verein gerichtet worden. Auf die Einführung der Umfahsteuer und die Steuer nach dem gemeinen Wert die Bitte zum Ausdruck gebracht wird, derartige wichtige Vorlagen in Zukunft länger zur Einsichtnahme auszuliegen und auf dahingehende Wünsche Rücksicht zu nehmen. Weitere Stadtverordnete, die diesen Vereinsvorständen angehören, haben diese Eingabe unterzeichnet. Der Vorsteher bemerkt hierzu, daß, wenn die Stadtverordneten ihm vorher rechtzeitig diesen Wunsch zum Ausdruck gebracht hätten, er jederzeit bereit gewesen wäre, eine längere Frist anzustellen. Dies ist nicht geschehen und so können die Vorlagen auf die Tagesordnung. Es war nunmehr Sache der Versammlung, über eine längere Auslegung zu entscheiden. Der Vertagungsantrag wurde aber bekanntlich von den Stadtverordneten mit großer Majorität abgelehnt, eine längere Auslegung also nicht gewünscht. Zum Schluß bringt der Vorsteher zum Ausdruck, daß er gegen bereit ist, das Wort der Bürgerschaft zu berücksichtigen und es stets von Wichtigkeit und Bedeutung für ihn sein wird, Anregungen und Belegungen von den Bürger-Vereinen anzunehmen.

Stadt. Vollrat beantragt, über diese Mitteilung des Vorstehers die Diskussion zu eröffnen, dem nach kurzer Zeit der Unmöglichkeit schließlich Folge gegeben wird.

Stadt. Vollrat führt aus: Mein Wunsch geht dahin, daß die Umfahsteuer und die Steuer nach dem gemeinen Wert die jenseitigen Steuern sein sollten, die hier zur Einführung gelangen sollten. Mehrere Male bin ich dem Magistrats-Bureau gefolgt, um Einsicht in die Vorlagen zu nehmen. Die Zeit war aber zu kurz, diese, wie erforderlich, zu studieren. Entschuldigend hat aber die Bürgerschaft erst zwei Tage vorher durch die Bekanntgabe der Tagesordnung die beabsichtigte Einführung der neuen Steuern erfahren. Wie sind als Stadtverordnete von den Bürgern gewählt, somit deren Sprachrohr und vertreten nach besserer Pflicht und Gewissen die Bürgerschaft. Es war aber unsere Pflicht und Schuldigkeit, bei denartigen einschneidenden Vorlagen die Bürgerschaft zu unterrichten. Daher bleibt der Vorwurf, bei den Eingaben zum Aus-

druck gebracht wird, auf uns sitzen. Es wird diese Art auch wohl der einzige Fall in Preußen sein, wo neue Steuern beschaffen werden, ohne daß die Bürgerchaft etwas weiß, und solche Vorlagen in einer derartig kurzen Zeit durchgeprüft werden. Mein Antrag in der Sitzung vom 14. Dezember d. J. bezweckte auch, eine Beratung herbeizuführen, damit sich die Bürgerchaft orientieren konnte. Mit der Bitte, die ähnlichen einschneidenden Vorlagen den Steuerabgabern mehr Zeit und Raum zwecks Orientierung zuzugestehen, schloß der Redner seine energisch vorgetragene Begründung.

Stadtv. Frauenheim: Es wird wohl mancher von uns das Gefühl gehabt haben, daß die Beschlußfassung doch etwas sehr beschleunigt werden ist. Ich kann nur den Ausführungen des Stadtv. Vorlats beitreten. (Stadtv. Vorlatz: Bravo.)

Stadtv. Zeilmann: Der Vorwurf, der in den Eingaben zum Ausdruck kommt, weise ich zurück. Welche Steuern sind in der Kommission und der Vorkonferenz der Stadtvorordneten eingehend diskutiert worden; sie waren nichts neues mehr. Wenn die Vorlagen noch über Wochen verhandelt worden wären, neue Argumente würden doch nicht mehr vorzubringen gewesen sein. Was erreicht werden sollte, nämlich die neuen Steuern nicht jähenhaften Schulden aufzubilden und doch gerecht zu vertheilen, ist mit den beiden angenommenen Steuerarten erreicht worden.

Stadtv. Zeilmann: Auch ich weiß den Vorwurf ganz entschieden zurück. Bereits im März d. J. ist von mir bei der Beratung des vorjährigen Räumens und Etats auf die Notwendigkeit neuer Steuern hingewiesen und die Umsatzsteuer, die Steuer nach dem gemeinen Wert und die Wertzuwachssteuer namhaft gemacht worden. Auch seitens des Bürgermeisters ist bei demals gehalten. Im Sommer d. J. habe ich ferner im Gemeindevorstand, im Hausbesitzerverein und im Bürgerverein Süd und West in Vorträgen diese Steuerarten, als die für unsere Stadt in Betracht kommenden, theoretisch und praktisch behandelt. Also daß die Steuern kommen mußten, war hinlänglich bekannt. Die Vereinsvorstände hätten also wohl Schritte unternommen können. Jedenfalls ist von seiten der Stadtvorordneten alles getan worden, was getan werden konnte. Auch von einer Durchprüfung kann keine Rede sein, und ich muß diesen Vorwurf ebenfalls zurückweisen.

Stadtv. Eichardt: Der Vorwurf weise auch ich zurück. Der größte Teil der Bürgerchaft ist mit den neuen Steuern einverstanden, was die Zustimmung der Stadtvorordneten beweist. Hat Einzelige dieser Fall in positiverem Sinne in Preußen da, weil dieselben nirgends die beladen Steuern mit so geringem Widerpruch angenommen worden sind, wie hier. Die Agitation ist daher unnützlich.

Von seiten des Magistrats weist Bürgermeister Pöb den von den Bürgervereinen gemachten Vorwurf zurück. Daß neue Steuern kommen mußten, war, wie Stadtv. Grempler bereits hervorgehoben, hinreichend bekannt. Da die Kommissionsmitglieder nicht an Stillschweigen gebunden sind, konnten die Verhandlungen und Absichten dieser zur Erörterung in den Vereinen gestellt werden. Zeit ist genug gewesen. Die Vereinsvorstände haben dies aber veräußert und sind darüber ungeschlagen. Der Magistrat hat nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan, wenn er eine schnelle Entscheidung nach der Beschlußfassung in der Kommission in die Wege leitete.

Stadtv. Weidemann: Ich finde die neuen Steuern gerecht und habe auch darüber keine Mißbilligung in den Bürgerkreisen wahrgenommen. Der Vorwurf ist ungerechtfertigt.

Stadtv. Vollratz: Ob die Steuer gerecht ist oder nicht, davon ist jetzt nicht die Rede. Konstatieren wir nicht, daß sie selbst als Stadtvorordnete von den neuen Steuern nicht eher etwas erfahren habe, als durch die Bekanntmachung der Tagesordnung. Ich schließe mich daher dem Bericht voll und ganz an, da die Vereine in ihrem guten Rechte sind.

Weitere Redner melden sich nicht zum Wort. Die Debatte wird geschlossen. Ein Antrag war nicht gestellt. Der Vorleser macht hierauf noch folgende Mitteilungen: Die Freiandordnung ist nun Bezirks-Ausschuß genehmigt worden. — Der Vertreter G. Günther son, dankt für sein Glückwunsch der Vereine, die sich den Anlaß seines 50jährigen Bürgerjubiläums.

Die Versammlung erledigt hierauf die Tagesordnung wie folgt:

1. Feststellung der noch zu erledigenden kleinen Haushaltspläne für 1909. Berichterstatter Stadtv. Vorlatz: Bravo.

a) Höhere Maßgebensliste. Die Einnahme veranschlagt 2020 Mt., die Ausgabe 4070 Mt., so daß ein Zufuß der Stadtkasse von 2050 Mt. nötig ist (gegen das Vorjahr 5000 Mt. mehr). Die Mehraufnahmen werden durch die beschlossene Erhöhung des Schulzinsbesatzes, die Mehrausgaben (gegen das Vorjahr 10500 Mt.) durch die Verneuerung des Mädchenpensionswesens bedingt.

b) Gehobene Schule. Die Einnahme schließt ab mit 2970 Mt., die Ausgabe mit 8280 Mt. Der Zufuß aus der Stadtkasse beträgt 5310 Mt., gegen das Vorjahr 1110 Mt. mehr. Diese wesentliche Mehrausgabe gegenüber dem Vorjahr wird durch die Verneuerung der Lehrerbefähigung erforderlich.

c) Volksschulen. Die Einnahme beträgt 40450 Mt. (270 Mt. weniger) die Ausgabe 124900 Mt. (8000 Mt. mehr), mitßin Zufuß aus der Stadtkasse 84450 Mt. (9170 Mt. mehr). Auch hier wird die Mehrausgabe durch die neue Lehrerbefähigung bedingt.

d) Katholische Volksschule. Die Einnahme beträgt 424 Mt., die Ausgabe 3513 Mt., mitßin Zufuß 3089 Mt. (402 Mt. mehr).

In der Debatte richtet Stadtv. Pöb die Anfrage an den Magistrat, ob die Frage der Anstellung eines dritten Direktors geregelt sei. Es geht das Gerücht, das Provinzial-Schulkollegium habe den Antrag der Stadt abgelehnt, jedoch nunmehr noch ein dritter Direktor angestellt werden müsse. Bürgermeister Rohde erwidert: Die Trennung der Direktoren, was von der vorgelegten Behörde gemüßigt ist, ist von den Stadtvorordneten abgelehnt worden. Das Provinzial-Schulkollegium hat darauf nur 8 Tagen geantwortet, daß hierzu erst die Entscheidung des Ministers eingeholt werden muß. Den Stadtvorordneten wird dann sofort von der Entscheidung Kenntnis gegeben. Die Haushaltspläne werden hierauf einstimmig genehmigt.

2. Beschließung des Haushaltsplans der Kammererksliste für 1909. Berichterstatter Stadtv. Zeilmann. Der Haushaltsplan zeigt kein unerfreuliches Bild. Die Steuerzuschläge des Vorjahres konnten beibehalten werden, nur die der Grund- und Gebäudesteuer wurden um 10 Proz. erhöht infolge der beschlossenen Ein-

führung der Steuer nach dem gemeinen Wert. Die Mehrausgaben machten sich in der Hauptsache durch die Mehraufnahmen erforderlich. Von den Einnahmen ist hervorzuheben: Aus fahrlässigen Vertrieben (Gasmehlfalt, Wasserwerk, Wandgasfaktis) 51480 Mt. (gegen das Vorjahr 7680 Mt. mehr), Steuern und Gebühren: 169 Proz. Zufußlage zur Staatsentkommensteuer 246400 Mt. (20000 Mt. mehr), 195 Proz. der Grund- und Gebäudesteuer 105348 Mt., 185 Proz. der Betriebssteuer 44002 Mt. (beide 8400 Mt. mehr), 50 Proz. Betriebssteuer 1050 Mt. (Umsatzsteuer 10000 Mt., insgesamt Gesamteinnahmen 406795 Mt. (37900 Mt. mehr). Ferner sind anzuführen: Gemeindegeldungen von Militärfamilien 525 Mt., Hundsteuer 6400 Mt. (300 Mt. weniger), Luftfahrsteuer 3579 Mt. (165 Mt. mehr), Wanderlagersteuer 40 Mt., Markt 600 Mt. mehr. Die Einnahme aus den Steuern und Gebühren beträgt demnach 456339 Mt. (38400 Mt. mehr). Neu eingekleidet in den Haushaltsplan ist der Grundbesitzerfonds — Einnahmen für veräußertes fahrlässiges Gelände — mit 2270 Mt., der Straßen-Unterhaltungsfonds mit 68989 Mt. und ein Fonds für ansehnliche Anlagebeiträge mit 20700 Mt. Das Kapitalvermögen der Stadt beträgt 219000 Mt. Die Gesamteinnahmen des Haushaltsplans betragen 706000 Mt., gegen das Vorjahr 54000 Mt. mehr. Von den Ausgaben ist hervorzuheben: Verordnungen und fahrlässige Verwaltung 128000 Mt. (6000 Mt. mehr), Polizei-Verwaltung 40700 Mt. (800 Mt. mehr), Zufußlage zu anderen Klassen (Schulen, Armenverwaltung, Krankenkassen usw.) 197274 Mt. (34308 Mt. mehr), Verwaltung 29000 Mt. (2100 Mt. mehr), Kreisabgaben 63500 Mt. Die Gesamtausgaben betragen 706500 Mt., so daß Einnahmen und Ausgaben balancieren.

In der Debatte bemerkt Stadtv. Vollratz, daß er, nachdem er nochmals auf die neuen Steuern hingewiesen, die nur den Haus- und Grundbesitzer treffen, für die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer um 10 % stimmen werde, er erachte aber, daß auch eine Erhöhung der Zufußlage zur Staatsentkommensteuer im nächsten Haushaltsplan ins Auge gefaßt werden sollte.

Stadtv. Eichardt: Das Mehr von Steuern im Betrage von 27000 Mt. — ohne Umsatzsteuer — wird nicht allein durch die Grundbesitzer, sondern auch die Personalsteuer bringen ein Mehr von 20000 Mt., während das Mehr der Realsteuer von 20000 Mt. (800 Mt. mehr) von Baugelände, Fabrikgrundstücken und Baugeländen aufgebracht wird. Die Hausbesitzer werden meiner Ansicht nach nicht mehr als bisher belastet. Die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer wurde bereits im Vorjahre von der Regierung für notwendig erachtet; die jetzige Erhöhung entspricht einer Erhöhung von 3 Prozent pro Laufende.

Bürgermeister Rohde bemerkt hierzu noch, daß bei der Personalsteuer 20000 Mt. mehr eingestellt werden konnten, was einen erfreulichen Zugewinn von Leistungsfähigen Personen beweist. Bei der Verbringung der Grund- und Gebäudesteuer werden irgend welche Säcken vermeiden können. Eine Erhöhung der Personalsteuer ist vom Staate bereits geplant, allerdings zu seinen Gunsten.

Auf Antrag des Stadtv. Zeilmann wird darauf der Haushaltsplan in der vorgetragenen Fassung genehmigt und die Höhe der Zufußlage, wie beantragt, festgesetzt, nämlich 194 % zum Staatseinkommensteuer, 185 % der Gemeindesteuer, 195 % der Grund- und Gebäudesteuer, und 50 % der Betriebssteuer.

3. Anschließ des Abzugsgrabens am Rotenbrunnenskanal an das fahrlässige Kanalnetz. Berichterstatter Stadtv. Frauenheim. Die Verhandlungen hatten drei Anlieger Einpruch erhoben. Zwei Kaufleute, Herr Eickhorn und Zimmermeister Graul, gegen diesen gericht, während der Einpruch des Meisters Wallenburg bis zur höchsten Instanz durchzuführen werden mußte und dann zugunsten der Stadt entschieden wurde. Der Vertrag mit der Firma lautet dahin, daß die Kosten der Kanalreinigung übernimmt, für die Reinigung einen einmaligen Betrag von 800 Mt. an die Stadtkasse abführt und für etwa entstehende Schäden 2000 Mt. als Kaution bei der Kammererksliste hinterlegt. Das Interesse der Stadt ist hiermit vollständig gewahrt. Die Stadtvorordneten stimmen diesem Vertragsentwurf zu.

4. Mietung eines Schuppen für die Baubehördematerialien des Neumarkts. Auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Meyer geben die Stadtvorordneten ihre Zustimmung, daß die Baubehördematerialien vom 1. April d. J. an im Besitz des Bauamtes des Neumarkts genehmigt eine Entschädigung von jährlich 80 Mt. untergebracht werden.

5. Beihilfe für die Armenliste. Die Stadtvorordneten bewilligen wie alljährlich 800 Mt. aus den Überschüssen der Sparkasse. Berichterstatter Stadtv. Krause. Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

In der geheimen Sitzung macht der Magistrat die Mitteilung, daß die Stadt in der Zangsbergstraße das Haus in der großen Stadtstraße Nr. 15 fast erneuern müßte.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Am 28. Januar 1716 ist der aus der Zeit Friedrich des Großen bekannte preussische Generalfeldmarschall Graf v. Saldern von Müllendorf geboren. Er hat viele Jahre Friedrichs II. mitgemacht und hat sich namentlich in den Schlachten bei Prag, Kolin, Hochkirch und Leuthen ausgezeichnet. Durch die Erfüllung der Höhe von Bursfelde 1762 erwarb er sich den Generalrang. Dann kommandierte er im Bayrischen Erbfolgekrieg und wurde danach Gouverneur von Berlin. Nachdem er die zweite durch den Kaiser ernannte und erhielt 1794 den Oberbefehl über die preussische Armee am Rhein; er erlitt die Siege von Kaiserslautern. 1806 riet er dem Kaiser ab, nahm jedoch an diesem Zeit, ward bei Auerstedt verwundet und fiel in französischer Gefangenschaft. Napoleon schenkte seine Freiheit, indem er ihm die Freiheit und das Kreuz der Ehrenlegion gab. Er ist 92 Jahre alt geworden.

Wetterkarte.

Am 28. Jan. Wolkig stark neblig oder trüb, nur noch teilweise heiteres, aber trübes, oder gelberes Wetter. — 29. Jan. Zeitweise heiteres, meist wolfiges oder neblig, vorwiegend trübes, etwas wärmeres Wetter.

Vermischtes.

* Der Kaiser und das Reichsdenkmal. Bekanntlich hatte der Kaiser seine Zeit die Umstellung des Reichsdenkmals aus ästhetischen Gründen vorzuziehen. Nach einer neuerlichen Aussprache des Kaisers mit Geheimrat v. Bismarck soll der Kaiser dem Reichsdenkmal die zweite Entwurf des Reichsdenkmals von Reichsminister v. Bismarck auf dem Reichsplatz bei der Charité finden. Der Kaiser, der sich zuerst auch gegen den zweiten Entwurf ausgesprochen hatte, hat nun seinen Widerspruch zurückgezogen und so wird das neue Reichsdenkmal zur Ausführung gelangen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 27. Jan. Die Morgenblätter verzeichnen mit Verdrigung, daß der Kronprinz bei seiner Beglückwünschung des Kaisers eingetroffenen Kronprinzen von Dänemark am Wahnhofe abholte und daß dieser bei ihm wohnte.

Wien, 27. Jan. Nachrichten von einer Vermittlung Deutschlands zwischen Osterreich-Ungarn und Italien in der Frage der Erwidmung einer italienischen Rechtsfakultät werden auch von hier als unrichtig bestätigt. Deutschland möchte sich nicht in diese innerpolitische Frage.

Konstantinopel, 27. Jan. Auf der Pforte verlautet, daß die österreichische Regierung den Protokollentwurf angenommen habe, daß die ungarische Regierung jedoch Schwierigkeiten mache, an der Bezahlung der Entschädigung teilzunehmen. Das Protokoll befindet sich gegenwärtig in Budapest. — Der türkische Großvezier erklärte am Montag auf die Anfragen einiger Vorkämpfer über die militärischen Nachrichten aus Bulgarien, diese hätten nichts zu bedeuten. Das türkische Kriegsministerium werde vorläufig keine Gegenmaßregeln gegen die Mobilmachung der bulgarischen Division ergreifen.

Sofia, 27. Jan. Bulgarien soll geneigt sein, 100 Millionen Franken zu bezahlen, und die Türkei will sich mit 150 Millionen begnügen. England beabsichtigt sich, Bulgarien zur Zahlung von 120 Millionen zu veranlassen.

Belgrad, 27. Jan. Der serbische Kriegsminister Jibkovič wird der Stupschina eine Geheißvorlage unterbreiten, in der die Bewilligung eines neuen Kreditschreibens gefordert wird. Wie in Abgeordnetensitzung verlautet, soll dieser 3 Millionen betragende Kredit zu Vorbereitungen für eine Mobilisierung aufgewendet werden. Seit Oktober vorigen Jahres hat das Kriegsministerium von der Stupschina 3 1/2 Millionen für außerordentliche Heereszüge gefordert.

Berliner Getreide- und Produktenerke.

Berlin, 26. Januar. Der Markt für Brottgetreide zeigte heute ein lebhafteres Aussehen. Die Weizenpreise blieben auf dem Stande, da mehrere amerikanische Notierungen durch erhöhte argerntinische Exporten parafiziert wurden und am Liverpooler Markt die Preise sich als ziemlich widerstandsfähig erwiesen. Roggen tendierte dagegen schwach auf Verkäufe des Inlandes. Safer ging in Überabstimmung mit Brottgetreide in Preise zurück. Mais war behauptet. Rohöl weiter gehoben auf das Ausland und die alte Witterung.

Weizen rot. int. 211,00—212,50 Mt., Jan. — Mt., Mat 215,25—215,00 Mt., Juli 216,50—217,00 Mt., Sept. 207,00—207,10 Mt. Fein.

Weizen rot. int. 168,50—169,00 Mt., Jan. — Mt., Mat 175,75—176,25 Mt., Juli 178,25—177,50 Mt., Fein.

Safer tein 177,00—183,00 Mt., do. mit 171,00 bis 176,00 Mt., do. gering feil Wagen und ab Bahn 166,00 bis 170,00 Mt., Mt. 165,50 — — — — — Mt., Des. — — — — — Mt., Juli 169,75 Mt. Markt.

Preis anerk. mit 169,50—170,00 Mt., do. runder 165,00—168,00 Mt., Bulgareifol — — — — — Mt., Des. — — — — — Mt., Juli — — — — — Mt., Fein.

Weizenmehl Nr. 0 und 1 20,70—22,60 Mt., Jan. — — — — — Mt., Mat 21,30 Mt. Markt.

Roggenmehl Nr. 0 — — — — — Mt., Jan. 62,50 — — — — — Markt, Mat 63,40—63,40 Mt., do. feines feil Wagen u. ab Bahn 165,00—180,00 Mt., do. ruß. feil Wagen 136,00—141,00 Mt., idmere — — — — — Mt., anker — — — — — Mt.

Erbsen int. u. ruß. Futtera. mit 182,00—188,00 Mt., Mat do. feil 189,00—195,80 Mt., do. feil 206,00—220,00 Mt., do. Victoria 220,00—230,00 Mt. Weizenmehl grob netto erst. Sad ab Waage 10,00 bis 12,00 Mt., do. feil netto erst. Sad ab Waage 10,00 bis 12,00 Mt.

Roggenmehl Weibler erst. netto ab Sad 11,40—12,00 Mt.

Produktenpreise in Leipzig

am 28. Januar. Weizen klein. int. 199—204 B. u. Br. Argenti. 241—248 B. u. Br. Safer 241—248 B. u. Br. ruffischer 241—248 B. u. Br.

Roggen klein. int. 164—167 B. u. Br. Breisl. 165—168 B. u. Br. anker.

Safer klein. int. 168—174 B. u. Br. feiner über Waage. Weizenmehl in Leipzig am 28. Jan. (Mitteilung der Müller- und Mehlhändler von Leipzig und Umgebung.) Weizenmehl Nr. 00 29,00 Mt., Roggenmehl Nr. 01 24,25 Mt., per 100 St.

Anzeigen.

Für diesen Zeit übernimmt die Redaktion den
Bakulum gegenüber keine Verantwortung.

Nachlass-Auktion.

**Sonntag den 30. d. M.
von vorm. 9 Uhr an**

sollen im Restaurant „Casino“ verschiedene
Nachlassgegenstände, als:

- 1 Kommode, 1 einfüßiger Schrank, 1
rotes Samt-Sofa, 2 dergleichen Fauteuils,
2 große Spiegel, 1 Kronleuchter mit
6 Kerzen, 1 Ecksesselstuhl, 1 kleiner
Wandschrank, 2 einfüßige Tische, 6
Stühle, 1 Waschtisch, 2 Gartenbänke,
1 Wanduhr, 2 Taschenuhren mit Kette,
1 Treppenleiter, 2 Kuchentische, 1 Kuchene-
wage mit Gewichten, 2 Käufer, Lampe,
Wasserbank, Stiehpult, 1 große Bad-
wanne, 1 Bettstelle mit Matratze, 2
Sighadematten, Regal, Bilder, Wäsche-
korb, Revolver mit Munition, Kleidungs-
stücke, Porzellan, Waschgeräte und dergl.
mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung
versteigert werden.

Merseburg, den 26. Januar 1909.
Fried. M. Kunth.

Neumarkt 42,

früher Strohliches Grundstück ist eine
größere Wohnung, im ganzen oder geteilt,
und die untere Etage, sowie die umfang-
reichen Stallungen sofort oder 1. April
zu vermieten. **Der Eigentümer.**

Eine kleine Wohnung zu vermieten
Wandera 4.

Wohnung, II. Etage,
4 Zimmer, Küche und Zubehör, Preis 340
Mk. ist zu vermieten und 1. Juli 1909 zu
besetzen. **Annestraße 2.**

Herrschastliche 2. Etage
ist im ganzen oder geteilt zum 1. April
zu vermieten. **Der Eigentümer.**

Gustav Engel, am Gotthardstraße 12.
Versehungshalber ist eine freundliche
Wohnung sofort oder 1. April zu besetzen
Preis 100 Mark. **Friedrichstraße 12**

Stube und Kammer
sofort oder zum 1. April d. J. zu ver-
mieten **Noterbrüderrain 5**

Eine Wohnung
für einzelne Dame oder älteres Ehepaar zu
vermieten und 1. April oder später zu be-
ziehen. Besichtigung nachmittags 3 bis
5 Uhr. **Konditorei Schönberger,**
Gotthardstraße 27.

Kleine Wohnung, Preis 28 Taler,
Stube, Kammer und Zubehör, zum 15. Februar oder
1. April zu besetzen. **Erzberger 6.**

Wohnung, bestehend aus 3 Stuben,
2 Kammern, Küche u. Zu-
behör, zum 1. April zu mieten gesucht.
Best. Offerten mit Preisangabe unter X
in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Familie mit einem Kind sucht 1. Juli
Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche,
oder Stube, 2 Kammern und Küche. Off.
unter B 6 an die Exped. d. Bl. erbeten

Familien-Wohnung.
Stube, Küche und Kammer, von an-
ständigen Leuten ev. sofort oder per 1. April
zu mieten gesucht. Beste Offerten unter
O 12 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten **Hallescher 15 Hof.**

Männer-Turnverein.
Gestern, Montag, abend verschied nach langem
Kranksein unser Mitglied, der Restaurateur
Herr Karl Franke.
Der Verlust des treuen Turnfreundes, der unsere
Bestrebungen jederzeit unterstützte, berührt uns tief. Wir
werden ihm immerdar ein ehrendes Gedächtnis bewahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Merseburg, den 23. Januar 1909.
Der Turnrat.
Beerdigung Donnerstag nachmittag 3 Uhr. Die Mitglieder ver-
sammeln sich an der städt. Friedhofskapelle.

Nachruf.
Montag den 25. Januar starb nach längerem
Leiden in der Blüte seiner Jahre unser allverehrtes
Vereinsmitglied
Herr Restaurateur
Karl Franke.
Wir betrauern in ihm einen lieben Kollegen,
der sich stets unserem Stande gewidmet hat und
dessen Kollegialität uns dauernd in der Erinnerung
bleiben wird.
Er ruhe in Frieden!
Merseburg, den 27. Januar 1909.
**Der Verein der Gastwirte
von Merseburg und Umgebung.**

Nachruf!
Nach langer schwerer Krankheit verschied am 25. Januar
unser wertes Vereinsmitglied Herr Restaurateur
Carl Franke
im vollendeten 38. Lebensjahre. Sein freundliches und stets
zuverlässiges Wesen und sein reges Interesse an unserem
Vereine sichern ihm in unserer Mitte ein bleibendes Andenken.
Er ruhe sanft!
Merseburg, den 27. Januar 1909.
Der Gesangverein „Lyra“.

Wintereier
erzigt man ganz ohne Anstaus und im Winter durch das großartig bewährte, von
Landwirtschaftskammern erprobte und sehr empfohlene Geflügelfutter „Nagut“. An-
leitung umsonst durch **Walther Bergmann, Gotthardstr. 19.**
Geflügel leicht bezugsfähiges Geschäft.
Bitte senden Sie mir wieder 120 Bld. um. Ich habe mit dem gelieferten
Ertrag ganz vorzügliche Resultate in Bezug auf Eierproduktion und glänzendes
Aussehen der Volierenhühner erzielt.
Gehtedat 1. M., den 21. Februar 1907.
Dr. jur. Greverus.

Gotthardstraße 5
ist die 1. Etage ganz oder geteilt zu ver-
mieten und ab 1. April oder später be-
ziehbar. Näheres zu erfragen
Entenplan 11.
Möbliertes Zimmer
mit Pension sofort zu vermieten
Weißenseferstr. 27.
Der von Herrn Otto Glaff,
Schmalstr. 23 benutzte
Laden mit Wohnung,
Frederstraße und Keller (bis her ein
flottgebendes Kalandwaren-geschäft)
ist zu vermieten und am 1. Juli 1909 zu
bezügen. Zu erfragen bei
Frau Coja, Schmalstr. 25, 1 Tr.

Hausgrundstück m. Tischlerei
und guter Privatwirtschaft, 3 Sobelböden,
gut veranlagt, sofort zu verkaufen oder zu
verpachten. Näheres bei Herrn **Bret-
schneider,** Einigungsung, Merseburg,
St. Ritterstraße.

8000 Mk.
zur 2. Hypothek auf gutes, leicht verzins-
liches Haus in sehr guter Lage zu 4 1/2%
per 1. April d. J. von pünktlichem Zins-
zahler gesucht. Offerten unter V E 88
an die Exped. d. Bl. erbeten.

500 Mark
zur 2. Hypothek, sehr sicher, auf Geschäfts-
haus gesucht. Offerten unter 500 M an
die Exped. d. Bl. erbeten.

Gutsverkauf.
Gauerngut von 30 Morgen mit kompl.
Lebend- und toten Inventar bei 9-10000
Mark Anzahlung übergeben sofort.

3000 Mark
zum 1. Februar resp. 1. April auf Acker
gesucht. Näheres in
Menzels Restaurant.

15000 Mk.
gegen sichere Hypothek auf ein blesiges
Grundstück gesucht. Zu erfragen in der
Exped. d. Bl.

Weiche Streue.
Bahrabfälle an Strengwaren gibt billigst
an **G. Dorfmann, Gledisauerstr. 20.**
2 gut bewährte eigene

Fülllöfen
billig zu verkaufen **Friedrichstraße 7.**

1 kleines Sofa, 1 Tisch,
1 kleine Kommode u. versch. Stühle
zu verkaufen **Hälterstraße 1**

Ein Paar Küferischeine
haben zum Verkauf **Krautz 6.**

Eiserne Kasette
zu kaufen gesucht. Anerbote unter K O
an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kaufe ganze Nachlasse,
getraene Kleidungsstücke, Feder-
betten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiesel
und dergleichen mehr.
H. Apelt, Delarube 7

Gesang-Verein
„Melodia“.
Sonntag den 14. Februar von abends
6 Uhr ab in den Räumen des „Tivoli“
großer
Maskenball.
Zurückführung kommt:
Ein Märchen aus Tausend und eine Nacht
oder:
Ein Fest beim Kalifen von Bagdad.
Wir machen auf die **prächtigsten Aufführungen**
sowie die **grossartige Dekoration** ganz besonders
aufmerksam.
Karten a Stück 1.00 Mk. sind zu haben in den Verkaufsstellen der Herren:
C. Frenkel, Gotthardstraße, Müller, Wartburg, R. Wittenbecher
am Neumarkt, **C. Schmidt, Unteraltersburg, C. Meyer, Goldene Kugel**
u. Göpfe, Neumarkt 22, C. Walter, Weißensefer 37 und im „Tivoli“. An
der Abendkasse a Stück 1.25 Mk.
Dazu ladet freundlichst ein
Der Vorstand
Verantwortliche Redaktion: Druck und Verlag von E. Köhner in Merseburg.

Beuna
Richard Beyer & Co.
Merseburg.
Breitestrasse 14 **Telefon 391.**
Prima heizkräftige Salonbriketts.
Prompteste Lieferung frei Haus und ab
Lager jederzeit billigst

